



**Unabhängige Wähler Lemwerder ( UWL )**  
**im Rat der Gemeinde Lemwerder**

Lemwerder, den 20.05.2019

An den  
Rat der Gemeinde Lemwerder  
z. Hd. Frau Bürgermeisterin Regina Neuke  
Stedinger Str. 51  
27809 Lemwerder

**Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands unterstützen**

Sehr geehrte Frau Neuke,  
sehr geehrte Damen und Herren

**Antrag**

Für eine bessere Umwelt stellt die UWL den Antrag, dass die Gemeinde Lemwerder die Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand»)[1], wie sie im Anhang zu finden ist, unterstützt.

**Begründung:**

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde.

Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten. Weltweit haben Kommunen wie Los Angeles, Vancouver, London und Basel den Klimanotstand ausgerufen und damit ein Signal gesetzt:

Es ist Zeit zu handeln!

Mit freundlichen Grüßen

**Wiebke Naujoks**

**Sven Göttisch**

**Sven Schröder**

**Anhang**

**Fraktionsvorsitzender der UWL im Rat der Gemeinde Lemwerder**  
**Sven Schröder Deichstr. 16 27809 Lemwerder 0421/679481**

## Unabhängige Wähler Lemwerder ( UWL )

### im Rat der Gemeinde Lemwerder

#### **Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand»)<sup>[1]</sup>**

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 ° C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Niedersachsen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5 ° C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!

Die Kommune erklärt den Climate Emergency und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität:

- Die Kommune wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen.
- Die Kommune orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere im Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Die Kommune fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.
- Die Kommune fordert, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren.

[1] Die Begriffe «Climate Emergency» resp. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.



## Unabhängige Wähler Lemwerder ( UWL ) im Rat der Gemeinde Lemwerder

Ergänzungen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, in folgenden Punkten, klimarelevante Aspekte zu berücksichtigen. Nach der Sommerpause folgt ein weiterer Antrag, der gemeinsam mit anderen Fraktionen eingereicht wird und definierte Aufgaben für die Verwaltung der Gemeinde Lemwerder enthält.

- Neuanschaffungen von Geräten und Fahrzeugen sollen unter dem neuesten Stand der Technik in Bezug auf Schadstoffemissionen betrachtet werden
- Der Gebäudebestand soll im Hinblick auf nachträgliche Wärmeschutzmaßnahmen überprüft werden
- Bei Neubauten sollen ökologisch nachhaltige Systeme (z.B. Solarenergie, Heiztechnik) berücksichtigt und geprüft werden
- Es sollen Überlegungen von Förderungsmöglichkeiten seitens der Gemeinde, bezüglich einer Verringerung von Schadstoffemissionen im privaten Bereich, angestellt werden
- Derzeitige gesetzliche Rahmenbedingungen, in Hinblick auf die Reduzierung von versiegelten Flächen, sollen überdacht werden.

Mit freundlichen Grüßen

**Sven Schröder**

**Fraktionsvorsitzender der UWL im Rat der Gemeinde Lemwerder**  
**Sven Schröder Deichstr. 16 27809 Lemwerder 0421/679481**